

Satzung zur Änderung der Friedhofsatzung der Ortsgemeinde Damflos vom 10. Mai 1986

Der Ortsgemeinderat Damflos hat aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153, BS 2020-1), sowie der §§ 2 Abs. 3, 5 Abs. 2 und 6, Abs. 1 Satz 1 des Bestattungsgesetzes (BStG) vom 04.03.1983 (GVBl. S. 69 BS 2127-1) folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1 Änderung

§ 13 wie folgt ergänzt:

(5) Im Bereich des Friedhofes wird ein sog. Rasengrabfeld für Reihengräber angelegt. In diesem Grabfeld können Einzelgräber erworben werden, die für die Dauer der Ruhefrist von der Ortsgemeinde Damflos angelegt, unterhalten und gepflegt werden.

(6) Die Grabstellen im Bereich dieses Grabfeldes werden mit Rasen eingepflanzt. Eine Grabpflege von Seiten der Angehörigen ist nicht zulässig.

(7) Als Grabmal wird lediglich die Anbringung einer liegenden Namensplatte in der Größe 50 cm breit und 50 cm lang zugelassen. Für die Namensplatte dürfen nur Natursteine verwendet werden. Nicht zugelassen sind Gestaltungs- und Bearbeitungsarten in Form von Glas, Emaille, Kunststoff, Lichtbildern, Gold, Silber und Farben. Die Aufstellung eines Grabsteines oder eines Holzkreuzes ist nicht erlaubt.

(8) Das Aufstellen von Grabschmuck (Blumenschalen, Grablampen etc.) ist im Bereich einer Rasengrabstelle untersagt.

(9) Nähere Einzelheiten über den Erwerb der Rechte an einer Grabstelle sind, soweit die jeweils geltende Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen keine abschließenden Bestimmungen trifft, durch von der Friedhofsverwaltung aufzustellende und vom Ortsgemeinderat zu beschließende Richtlinien festzulegen.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung ^{mit} zum 01. Januar 2007 in Kraft.

Damflos, den 02. OKT. 2006

Wellenberg, Ortsbürgermeister



Hinweis gem. § 24 Abs. 6 GemO

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung (GemO) oder aufgrund der GemO zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.